

«Es geht um Kultur, nicht um den Islam»

Der Präsident der Aargauer Muslime zur ablehnenden Haltung der Aargauer gegenüber Muslimen

SABINE KUSTER

Herr Duran, was war Ihr erster Gedanke, als am Sonntag das Abstimmungsergebnis bekannt wurde?

Halit Duran: Ich hatte dieses Resultat befürchtet. Über die Deutlichkeit bin ich dann doch erschrocken. Was mir wirklich zu denken gibt, ist, dass es in der Schweiz nun ein Sonderrecht für Muslime gibt. Gerade das wirft man uns immer vor: Wir wollten Sonderrechte. Wir wollen keine Sonderrechte! Ich hatte gehofft, dass mehr Schweizer finden, dass dieser Rückschritt in die Zeiten des Kulturkampfes nicht geschehen darf.

Sie reden von Rückschritt. Es könnte auch bloss ein Zwischenstopp sein, um zu sagen: Hier stehen wir Schweizer, nun wird weiter verhandelt.

Duran: Sicher hat das Ergebnis diesen Symbolcharakter. Die Abstimmung war die erste Möglichkeit der Bevölkerung, zum Islam Stellung zu nehmen. Es war

Donnerstag-Gespräch

klar, dass sie emotional würde. Nun wissen die Schweizer, wo sie stehen. Und die Muslime ebenfalls: Dass wir nämlich noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Wir werden uns den neuen Themen stellen, die da kommen: ob nun dem Burka-Verbot oder den christlich-jüdisch-islamischen Friedhöfen, wie das CVP-Präsident Christophe Darbellay fordert.

Befürworten Sie diese gemeinsamen Friedhöfe?

Duran: Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam zu einer guten Lösung kommen werden, die alle Religionsgemeinschaften respektieren. Wir sind offen für diese Themen und sicher nicht gegen Weihnachtsfeiern, Christbäume oder Kreuze in Schulen.

Und doch heisst es immer wieder, in arabischen Ländern seien Kreuze an Kirchen verboten.

Duran: Das stimmt einfach nicht! Nur bei extremen Staaten wie Saudi-Arabien ist das so. Saudi-Arabien können Sie nicht als Referenz für muslimische Staaten nennen. In Bosnien, der Türkei, Syrien, Iran, in Libanon und im ganzen Maghreb haben die Kirchen Türme mit grossen Kreuzen und Glocken. In der Türkei sind einige Kirchen gerade in Bau – von Deutschen, die sich in der

«Im ganzen Maghreb haben Kirchentürme Kreuze und Glocken»

Südtürkei niedergelassen haben und nach ein paar Jahren das Bedürfnis nach einer eigenen Kirche verspüren.

Wie haben andere Muslime auf die Abstimmung reagiert?



ZUR PERSON

Halit Duran (40) ist Präsident des Verbandes Aargauer Muslime (VAM). Duran ist Sohn eines Türken, der vor 50 Jahren in die Schweiz eingewandert ist. Der Elektroingenieur ETH ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und drei Kindern in Turgi. Der Dachverband der muslimischen Vereine vertritt rund 10 Prozent der Aargauer Muslime. (KUS)

Duran: Betroffen und traurig. Hass oder Ablehnung habe ich nicht gespürt. Es kam eher Resignation zum Ausdruck im Sinne von: Ich bin Muslim, Steuerzahler und mache keine Probleme – wie habe ich das verdient?

Die Attelwiler, sagten bei unserem Besuch am Dienstag, sie seien überzeugt, der Islam wolle Europa einnehmen.

Duran: Es ist schade, dass sich Vorurteile bilden, obwohl oder gerade weil die Leute keinen Kontakt zu Muslimen haben.

Aber die Angst ist real. Wie erklären Sie sich diese?

Duran: Aufgrund der Propaganda, die gegen Muslime geführt wurde, kann ich die Angst verstehen. Wie zum Beispiel die Prophezeiung, seit 1960 würde sich die muslimische Bevölkerung alle zehn Jahre verdoppeln. Rein rechnerisch müsste also ab 2050 die gesamte Schweiz muslimisch sein.

Dass der Anteil der Muslime in der Bevölkerung zunimmt, ist Tatsache...

Duran: ... und leicht erklärbar: Es gab zwei Einwanderungswellen: Anfang der 90er-Jahre wegen des Bosnien-Kriegs und später während der Kosovo-Kriege. Die Geburtenzahlen sind in der ersten Generation tatsächlich hoch. Muslime der zweiten Generation haben aber selten mehr als zwei Kinder. Wir werden auch in 20 Jahren nicht mehr als 6 Prozent Muslime in der Schweiz haben. Woher sollten die auch kommen? Der Familiennachzug ist abgeschlossen.

Der Islam wird zurzeit als sehr dominante Religion wahrgenommen. Warum?

Duran: Das kann kaum von den Muslimen in der Schweiz herrühren. Die Moscheen hier sind kaum sichtbar. 1963 schenkte die Stadt Zürich den Muslimen Land, um dort eine Moschee zu bauen, in der Hoffnung, dies würde rei-

«Wir bekennen uns vorbehaltlos zum Schweizer Rechtsstaat»

che Ölscheichs anziehen. An den wenigen Frauen mit Kopftüchern kann es auch nicht liegen. Das schlechte Image des Islam kommt aus dem Ausland.

Ärgert Sie das?

Duran: Ja klar. Es ist kein Schweizer Problem, sondern widerspiegelt die Ereignisse in muslimischen Ländern. Es ist eine kleine Gruppe. Nur haben sie mit dem Radau, den sie machen, weltweit Aufmerksamkeit erhalten.

Sie können vermutlich noch oft betonen, die Schweizer Muslime seien nicht mit jenen im arabischen Raum zu vergleichen. Das Bild scheint fix.

Duran: Zuerst einmal: Der Verband Aargauer Muslime hat sich vorbehaltlos zum Schweizer Rechtsstaat bekannt. Schon 2005 haben wir mit mehreren hundert Muslimen eine Resolution verabschiedet, in der wir Terror jeglicher Form ablehnen. 2008 verfassten wir eine Resolution, in der wir Genitalverstümmelung aufs Schärfste verurteilen. Ich bitte alle Leute in der Schweiz, uns an unseren Taten zu messen, nicht an Ereignissen im Ausland. Wir missionieren nicht, es gibt hier keinen Terror. Mein Vater kam vor 50 Jahren in die Schweiz, um zu arbeiten. Wir reden von einer normalen Migration ohne bössartige Unterwanderungsabsichten. Und wenn es Probleme gibt mit Drogen, Gewalt oder was auch immer, gibt es Gesetze, die durchgesetzt werden müssen.

Gesetze regeln nicht alles: die Stellung der Frau, das Erlernen der Sprache oder der Umgang mit Alkohol.

Duran: Der Islam verbietet Alkohol; für einen gläubigen Muslim sind Alkohol-exzesse also eigentlich gar nicht möglich. Dasselbe gilt für die Zwangsheirat;

nach islamischem Recht ist eine Ehe nicht gültig, wenn die Frau dazu gezwungen wird. Die Stellung der Frau ist ein Problem bei den Unterschichten und schlecht ausgebildeten Migranten der ersten Generation, die direkt aus den Dörfern der Osttürkei oder Stammesbezirken im Balkan und ihre Traditionen nicht gleich ablegen können.

Es geht also bei der Integration von Ausländern mehr um Kultur und Millieu als um Religion?

Duran: Genau, dies ist das Missverständnis. Zwangsheiraten zwischen Cousins haben vor allem bei Kurden Tradition – bei Bosniern ist dies undenkbar.

Was ist das Missverständnis seitens der Muslime?

Duran: Dass wir denken, wir würden als individuelle Menschen wahrgenommen. Dabei werden wir immer daran gemessen, was im Ausland passiert. Wann immer irgendwo in der Welt eine Frau gesteinigt wird, werden wir in Sippenhaft genommen.

Dennoch: Die unterschiedlichen Vorstellungen von Werten und Moral sind nicht von der Hand zu weisen.

Duran: Diese Unterschiede sind nicht so gross. Jene innerhalb von Ländern sind oft grösser: Das Verständnis der christlichen, abendländischen Werte vom evangelischen Pfarrer Hansjürg Stükelberger und jenes von Alice Schwarzer liegen teilweise diametral auseinander – genauso wie die Moralvorstellungen eines Taliban und einer Menschenrechtlerin in Afghanistan.

Wie kann man die Integration beschleunigen?

Duran: Wir versuchen aufzuklären, setzen uns für Deutschkurse und deutschen Religionsunterricht ein. Unser Fo-

«Wann immer irgendwo in der Welt eine Frau gesteinigt wird, werden wir in Sippenhaft genommen»

kus sind Kinder, Jugendliche und junge Frauen, damit sie selbstbewusst genug werden, ihren eigenen Weg zu gehen.

Hat das Abstimmungsergebnis auch positive Auswirkungen für Muslime?

Duran: Wir hoffen, dass die Aufmerksamkeit geweckt wurde. Wir haben im November zum fünften Mal einen Tag der offenen Tür in den Aargauer Moscheen durchgeführt. Wir haben die Parteien – speziell die SVP – schon mehrmals zu Gesprächen eingeladen, um über Probleme zu sprechen. Es gibt keine Alternative zum friedlichen Zusammenleben! Was sollen wir sonst tun? Die Konfrontation suchen? Tatsache ist, dass wir in einem christlichen Land leben.

Meine Meinung

Was soll dieses Theater?



ULRICH GIEZENDANNER

EIN SCHERBENHAUFEN, eine Katastrophe für dieses Land, beschämend für die Schweiz! Diese Aussagen haben wir am Abstimmungsabend und am Montag nach der Abstimmung von der «Classe politique» gehört. Wissen diese Damen und Herren National- und Ständeräte und auch Bundesräte nicht mehr, dass unser Volk die höchste Macht in diesem Land ist? Das Stimmvolk hat entschieden, danach hat sich die hohe (?) Politik zu richten.

BEREITS AM SONNTAGABEND hat Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf am Schweizer Staatsfernsehen DRS gejammert und gleich auch noch die Anleitung gegeben, wie Bauherren von Minaretten die Schweizer Verfassung aushebeln können. Wahrscheinlich wäre das Völkerrecht verletzt und genannte Bauherren könnten an den Gerichtshof in Strassburg gelangen. Ein komisches, bundesrätliches Verständnis von demokratisch gefällten Volksentscheiden! Bereits am Montag reiste Frau Widmer-Schlumpf nach Brüssel, um sich zu erklären

(sprich sich für das Schweizer Volk zu entschuldigen). Ob sie wohl bei ihren Freunden in der EU auch von Menschenrechten wie zum Beispiel Zwangsverheiratungen, Beschneidungen, Scharia usw. gesprochen hat? In mir kommt der leise Verdacht auf, dass Bundesrätin Widmer-Schlumpf lieber in Brüssel unter Grossen und Mächtigen weilt, als zu Hause in ihrem Departement endlich Ordnung zu schaffen.

GENAU GLEICH Bundesrätin Calmy-Rey. Am Montag hätte sie den ganzen Tag den Telefonhörer am Ohr gehabt, um Staatschefs aus moslemischen Ländern zu beruhigen. Warum hat Frau Calmy-Rey nicht bereits seit Monaten den Telefonhörer am Ohr und überzeugt den Staatschef von Libyen, dass er endlich die beiden Schweizer Geiseln freilassen soll?

AUCH DIE MEHRHEIT DER NATIONALRÄTE ist vollumfänglich mit Jammern beschäftigt. Tatsache ist, dass sie sich nicht über die Folgen des Minarettverbotes aufregen. Nein, sie sind einfach beleidigt, weil eine kleine Gruppe von Politikern das Volk

überzeugen konnte und sie, die Wichtigen(?), in diesem Land übergangen wurden.

WENN SICH POLITIKER, inklusive Bundesräte, nicht mehr wie vernünftige Menschen, sondern wie beleidigte Leberwürste aufführen, ist es an der Zeit, dass ein einfacher Transportunternehmer und Nationalrat Klartext schreibt: Nach der Minarett-Abstimmung ändert sich in unserer Schweiz gar nichts. In unserer Verfassung ist die Glaubensfreiheit klar garantiert. Ob Moschee, ob Synagoge oder Kirche, Gotteshäuser dürfen weiter gebaut werden. Andersgläubige als Christen werden weder verfolgt noch wird ihr Glaube verboten. Ob Moslems, Juden, Hindus usw., alle sind bei uns willkommen und wir achten sie. Sie müssen aber legal in der Schweiz leben und unsere Gesetze befolgen. Beschneidungen, Zwangsverheiratungen oder gar eigene Gesetze einer Glaubensgemeinschaft akzeptieren wir heute und auch morgen nicht. Machtsymbole wie Minarette gehören nicht in unsere Schweiz.

ULRICH GIEZENDANNER, Rothrist, Aargauer SVP-Nationalrat

Ein Zeichen des Misstrauens

Gewerkschaftskritik am Lohnentscheid des Parlaments

Der VPOD Aargau wertet den Beschluss des Grossen Rats, dem Staatspersonal lediglich eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um ein halbes Prozent zu gewähren, als Zeichen des Misstrauens gegenüber dem öffentlichen Dienst. Das Argument von SVP und FDP, die Arbeitsplätze beim Kanton seien sicherer als in der Privatwirtschaft, sei mit der Flexibilisierung im Personalgesetz längst widerlegt. Auch eine einprozentige Lohnerhöhung wie von der Regierung beantragt wäre für die Gewerkschaft «nicht viel mehr als eine eher symbolische, jedoch korrekte Geste gewesen». Landammann und Finanzdirektor Roland Brogli habe im Rat bestätigt, dass der Lohnrückstand des kantonalen Personals heute 2,5 Prozent betrage. In den Genuss der nun beschlossenen Lohnsumme kämen aber nur ganz wenige Staatsangestellte im Rahmen der individuellen Erhöhung des Leistungslohns. (MZ)